

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

272 (15.6.1897) Morgenblatt

Karlsruher Zeitung.

Morgenblatt.

Dienstag, 15. Juni.

Morgenblatt.

No. 272.

1897.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Vorkostenzahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 75 Pf. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei. Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Amtlicher Theil.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 8. Juni d. J. wurde Expeditionsassistent Josef Maier in Gaggenau zum Stationsverwalter ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die Lage im Orient.

In der Orientfrage laufen zwei Strömungen ziemlich unvermittelt neben einander her; eine ist getragen von der Zuversicht, daß die Begleitung der vorhandenen Schwierigkeiten im Sinne der Wünsche Europas nach einigem Hin- und Herreden binnen nicht allzuferner Frist erfolgen werde; die andere, welche überall Intriguen wittert und in den bisher gepflogenen diplomatischen Besprechungen nur ebensoviel Beweise der Unmöglichkeit sieht, auf dem Wege gültiger Verständigung zu einer raschen und befriedigenden Lösung des Problems zu gelangen. Es lassen sich für jede dieser Betrachtungsweise Gründe anführen, die man nicht so ohne weiteres bei Seite schieben kann. Das offizielle Europa und die offizielle Türkei sind bemüht, einander von der Aufrichtigkeit ihrer Absichten und von der Bereitwilligkeit zu überzeugen, auf Grund maßvoller Bedingungen den Abschluß des türkisch-griechischen Krieges herbeizuführen. In Athen hat man sich aller Einwirkung auf den Gang der Verhandlungen begeben und sich den Mächten gegenüber zur Anerkennung der von ihnen für Griechenland erhällichen Friedensbedingungen anbeifig gemacht. Trotzdem scheint man dort noch keineswegs alle und jede Hoffnung auf eine Wendung der Dinge aufgegeben zu haben, welche den Griechen die Aktionsfreiheit zurückgeben und sie von der als Demütigung empfundenen Unterwerfung unter den Willen Europas losprechen könnte. Auch in Konstantinopel traut man der griechischen Loyalität nicht über den Weg, und daraus erklären sich die militärischen Maßregeln, welche türkischerseits in Thessalien ergriffen werden und die in einem Widerspruch zu der Bereitwilligkeit der Pforte stehen, Thessalien bis auf die notwendige strategische Grenzberichtigung den Griechen zurückgeben zu wollen. Nach Schätzung der europäischen Militärattaches, die sich auf den thessalischen Kriegsschauplatz begeben haben, sind dort mehr als 200 000 Mann türkischer Truppen massirt; außerdem sind alle strategisch belangreichen Stellungen mit starken Besatzungen versehen. Aus diesen Anstalten folgt nun nicht notwendig, daß die Türken gewillt seien, sich dauernd in Thessalien häuslich einzurichten, sondern man dürfte der Wahrheit näher kommen, wenn man annimmt, daß die Türkei durch ihre thessalische Politik den Beweis liefern will, daß sie in der Lage ist, falls Griechenland schließlich mit seiner Einwilligung in die von den Mächten zu erzielenden Bedingungen zögern sollte, mit erdrückender Heeresmacht den Vormarsch bis Athen fortzusetzen.

Athen, 11. Juni.

Die noch immer fortgesetzten Verdächtige gewissenloser Demagogie, den unglücklichen Ausgang des Krieges für die Verbreitung antidynastischer Tendenzen und überhaupt radikaler Ideen anzuhängen, erzielen jetzt gar keine Erfolge mehr, da man für die Frage, wem die Verantwortung für die ganze Aktion Griechenlands, sowie insbesondere für die Leitung der Kriegsoperationen zufalle, nur sehr geringes Interesse mehr hegt und nur den möglichst raschen Abschluß des Friedens herbeiwünscht. Nichtsdestoweniger sind sich diejenigen Kreise, denen es um eine vollständige politische Berichtigung des Landes zu thun ist, über die Notwendigkeit klar, auf die Kräftigung der Loyalität der Bevölkerung gegenüber der Dynastie hinzuwirken und jene Strömung ganz zu beseitigen, die durch die jetzige Krise hervorgerufen wurde. Diese Aufgabe wird durch den Umstand wesentlich erleichtert, daß sich die Anklagen, die man gegen den Kronprinzen Konstantin erhob und die zur Anschuldigung der antidynastischen Bewegung in hohem Maße beitrugen, als ungerichtigt herausstellen. Man ist nunmehr in der Lage, vielschichtige Beweise dafür zu erbringen, daß die Verantwortung für die in der Kriegführung begangenen Fehler durchaus nicht dem Thronfolger, sondern seinem Generalstabe zur Last falle, dessen Zusammensetzung zum größten Theile durch die frühere Regierung bestimmt wurde.

Was den Friedensschluß mit der Türkei betrifft, ist in allen politischen Kreisen die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, daß die Zahlung einer Kriegsschuldung an die Türkei unvermeidlich sei. Man bemüht sich daher an den maßgebenden Stellen, annehmbare Modalitäten für die Aufnahme einer diesem Zwecke dienenden Anleihe unter Garantie einer oder mehrerer Mächte zu finden. Sollte dies nicht gelingen, so würde sich die griechische Regierung, wie man versichert, noch eher dazu entschließen, gewisse Staatseinnahmen (etwa die Zollannehmen in Bölo und im Piräus) als Garantie für die Zahlung der Kriegsschuldung zu überlassen, als auch nur in die provisorische Abkündigung eines Theiles von Thessalien nach dem Friedensschlüsse einzurwilligen. An dem Zustandekommen des Friedens wird in Regierungskreisen nicht gezweifelt, was am deut-

lichsten daraus hervorgeht, daß man den die Armeebetreuernden Angelegenheiten nur sehr geringe Aufmerksamkeit zuwendet, und es ist hauptsächlich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die noch immer mit der Möglichkeit der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten rechnet, geschehen, daß sich der Kriegsminister, Oberst Tsamados, in das Lager von Lamia begeben hat, um sich von dem Zustande der Arme und ihren Bedürfnissen unmittelbar Kenntnis zu verschaffen. Man wünscht schließlich den Tag herbei, wo die Nothwendigkeit der Erhaltung dieser Operationsarmee, die auf dem Staatsbudget so drückend lastet, ihr Ende finden wird. Denn in der nächsten Zeit werden alle anderen Angelegenheiten gegenüber der Aufgabe der allmählichen finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung des Landes in den Hintergrund treten. Man wird sich für diesen Zweck zu einem bis an die äußerste Grenze gehenden Sparsystem entschließen müssen, wenn dasselbe auch von manden Klassen der Bevölkerung hart empfunden werden sollte. Die Frage ist nun, ob die Kammer ohne jede Rücksicht auf parteipolitische Fragen den von der Regierung vorgeschlagenen Ersparungsmaßregeln in vollem Umfange zustimmen wird.

Konstantinopel, 11. Juni.

Die Grenzregulierung, die durch den Friedensschluß zwischen der Türkei und Griechenland festgestellt werden soll, dürfte in den Einzelheiten durch eine internationale Kommission an Ort und Stelle ausgearbeitet werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Militärattaches der Botschaften in Konstantinopel mit dieser Aufgabe betraut werden.

Des weiteren meldet man uns von dort, es werde in den diplomatischen Kreisen als ein Zeichen besonderer Gunst des Sultans für den Minister des Aeußern, Tewfik Pascha, angesehen, daß dieser allein damit betraut wurde, die Friedensverhandlungen mit den Botschaften zu führen. Man sei hiervon in den genannten Kreisen sehr befriedigt, da Tewfik Pascha, ein Mann von freundlich entgegenkommenen Umgangsformen, bei der Durchföhrung seiner Mission viel Gewandtheit und Takt beweise. Man halte es für wahrscheinlich, Tewfik Pascha werde auch in dem Falle, daß nach dem Friedensschlusse wegen der Nothwendigkeit der bedeutenden Einschränkung der ursprünglichen Forderungen der Pforte ein Ministerwechsel eintritt, sein Portefeuille beibehalten. (Telegramme.)

Konstantinopel, 14. Juni. Heute findet die fünfte Sitzung zum Zweck der Friedensverhandlungen statt.

Athen, 14. Juni. In Lamia werden heute die Verhandlungen wegen des Austausch der Gefangenen beginnen. Die Türken haben 230, die Griechen 200 Gefangene.

Athen, 14. Juni. „Daily Chronicle“ wird von hier gemeldet, daß die Türkei ihre Ansprüche auf Kriegsschadung auf 6 000 000 Pfund ermäßigt haben soll.

Canea, 14. Juni. Die von den Admiralen beabsichtigten Truppenmärsche in der Umgebung von Canea werden heute stattfinden. Die Aufständischen sind von dem friedlichen Charakter dieser Märsche in Kenntnis gesetzt. Alle Maßregeln zur Vermeidung etwaiger Zusammenstöße sind getroffen.

Politische Uebersicht.

Die Gerüchte über Differenzen im Schoße des Kabinetts Méline, welche von gewissen politischen Kreisen verbreitet werden, verdienen, wie uns aus Paris geschrieben wird, keinen Glauben. Das Ministerium, welches erst jüngst bei Gelegenheit einer Interpellation über die allgemeine Politik einen neuen Beweis des Vertrauens der Kammermehrheit erhielt, habe keinen Anlaß, sein Verhalten zu ändern, und man könne versichert sein, daß der Kabinettschef weder die Absicht hat, seine Prinzipien aufzugeben, noch sich von einem seiner Mitarbeiter zu trennen. Es ist so viel als gewiß, daß es ihm noch vor Schluß der Session gelingen wird, den Gesekentwurf über die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich von beiden Kammern votiren zu lassen, und daß er die nötige Autorität besitzen wird, um, wenn einmal die Reform der direkten Steuern zur Verhandlung gelangt, alle Vorschläge zu Falle zu bringen, welche geeignet wären, das französische Steuerwesen zu erschüttern. Durch die Niederlage, welche die Opposition vor kurzem erlitten hat, wird in dieser Hinsicht die schwierige Aufgabe der Regierung bedeutend erleichtert. Man glaubt in Paris, daß die neue Budgetkommission, welche in ihrer großen Mehrheit dem Regierungsprojekte günstig gesinnt ist, den Wunsch hegen wird, die Arbeiten zu beschleunigen, damit die Verhandlungen in den ersten Tagen der außerordentlichen Session beginnen können. Die Diskussion des Staatsvoranschlags für das Jahr 1898 wird, wie verlautet, keine ernstlichen Schwierigkeiten bereiten. Wie bekannt, hat man der alten Budgetkommission die Vorbereitung des Steuerreformprojektes überlassen. Wenn diese Reformen rechtzeitig genug vom Parlamente votirt werden, so wird die neue Budgetkommission die Resultate dieser Kammerbeschlüsse bei der Zusammenstellung des Budgets in Rechnung zu bringen haben. Da überdies der Voranschlag für das künftige Jahr auf den nämlichen Grundlagen zusammengestellt ist, wie das heurige Budget, so

wird das wohl allem Anscheine nach keinen Schwierigkeiten unterliegen, daß das Budget für 1898 noch vor Ende Dezember zur Annahme gelangt.

Ueber den bevorstehenden Besuch des Präsidenten Faure beim Russischen Kaiserhofe sind, kaum daß die Ankündigung dieses Ereignisses erfolgt war, sofort vielfache Angaben bezüglich des Zeitpunktes und der Dauer des Besuches, über die Begleitung des Präsidenten und andere Einzelheiten aufgetaucht, sowie außerdem hieran längere politische Kommentare von verschiedenen Gesichtspunkten aus geknüpft worden. In leitenden Petersburger Kreisen haben diese Erklärungen offenbar verstimmt, denn es wird dort, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, die Frage aufgeworfen, wem durch solche verfrühte Mittheilungen und durch solche übereifrige Erörterungen gedient sein soll. Welchen Zweck habe es, den Tag der Ankunft des Herrn Faure in Rußland zu bezeichnen, bezüglich des Empfangsprogrammes zu melden, daß dasselbe vom Czar entworfen, vom Präsidenten jedoch in einigen Punkten abgeändert worden sei, hinsichtlich der Persönlichkeiten, die Herrn Faure auf der Reise nach Rußland begleiten sollen, Details zu erzählen, wo man doch in St. Petersburg und ebenso gewiß auch in Paris zur Zeit an den allein unterrichteten Stellen nichts anderes erfahren kann, als daß außer der Thatfache des bevorstehenden Besuches des Präsidenten der russischen Republik beim Czaren noch kein Detailpunkt feststeht. Insbesondere sei hierbei zu bedauern, daß einzelnen dieser Nachrichten, so z. B. denjenigen, betreffend den Weg, den Herr Faure auf der Reise nach Rußland zu nehmen beabsichtige, unzeitgemäße und tendenziöse politische Betrachtungen hinzugefügt worden seien. Den reichsten Stoff zu politischen Interpretationen finden die betreffenden Blätter natürlich in der Reise selbst. Nun legt man in St. Petersburg Werth darauf, ausdrücklich zu betonen, daß der Gegenbesuch des Präsidenten Faure beim Czaren zunächst nichts anderes als einen selbstverständlichen Akt der Höflichkeit bildet. Da vorauszuweisen ist, daß ein Theil der Presse in der nächsten Zeit in der Besprechung der Reise des Herrn Faure unermüdlich und gezwungen sein wird, dem Publikum bald diese, bald jene neue Deutung vorzutragen und bekräftigende Symptome dafür anzuführen, so sei schon jetzt bemerkt, daß man all' diesen Versuchen gegenüber in russischen Regierungskreisen an dem oben bezeichneten Standpunkte festzuhalten haben wird.

In Spanien erholt man sich nur langsam vom Eindruck, den der Ausgang der Krise auf die öffentliche Meinung ausgeübt hat. Es bedurfte einiger Zeit, ehe man es wirklich glauben wollte, daß das Kabinet Canovas unverändert die Regierung beibehält und General Weyler auf seinem Posten in Havanna bleibt, um Reformen einzuführen, deren entschiedenster Gegner er ist. Daß die Königin Canovas von neuem mit der Kabinettsbildung beauftragt werde, nahm man ziemlich allgemein an. Die Liberalen, die Silvelisten, selbst die Republikaner stimmen darin überein, daß die Königin ganz verfassungsmäßig gehandelt hat und daß sie unter den von Canovas für den Zweck geschaffenen Verhältnissen nicht anders handeln konnte. Aber man glaubte doch, daß Canovas diese Gelegenheit benutzen würde, um der schwer getränkten liberalen Partei und der empörten öffentlichen Meinung eine Genugthuung zu schaffen und sich von der Königin die Pflicht auferlegen zu lassen, den Herzog von Tetuan durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen und General Weyler abzurufen. Daß dies alles nicht geschehen ist, sagte man in Spanien als eine neue Herausforderung auf. Moret hat sich im liberalen Klub so abfällig über die Lösung der Krise geäußert, daß das Organ des Ministerpräsidenten, die „Epoca“, in größter Erbitterung darüber ist; bisher hatte sie in Moret einen milden Gegner, wenn nicht einen halben Anhänger Canovas erblickt. Moret fordert die liberalen Heerschaaren zum offenen energischen Kampfe gegen die Regierung auf. Silvela hält den Zeitpunkt für gekommen, eine große Propaganda für die Bildung einer regierungsfähigen freikonservativen Partei zu eröffnen. Romero Robledo wird dagegen seine Maßregeln treffen.

Der Internationale Postkongreß in Washington.

Die „Deutsche Verkehrszeitung“ gibt folgende Zusammenfassung über die bisherigen Ergebnisse des Weltpostkongresses nach den Kommissionsbeschlüssen:

Die Ausdehnung des Briefgewichtes von 15 Gramm auf 20 Gramm ist abgelehnt worden; es widersprachen die Länder, in denen das Unzengewicht gilt, einzelne andere erklärten, den bei Einführung der Maßregel im inneren Verkehr zu erwartenden Ausfall nicht tragen zu können. Der Antrag auf Einführung einer Weltpostmarke fand auf keiner Seite Unterstützung; dagegen wurde dem Vorschlage, die Verwendung von Gelegenheitsfreimarken im internationalen Verkehr zu verbieten und für die Postkarten „carte postale“ auf der Vorderseite vorzuschreiben, zugestimmt. Das Meistgewicht für Barendproben ist von 250 Gramm auf 350 Gramm, der zulässige Meistbetrag der Postanweisungen von 500 Franken

